Jürgen Weber: Wurzeln und erste Jahrzehnte der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte[1]

Runde Geburtstage sind ein gern gewählter Anlass zu Bestehendem zu gratulieren, an Bemerkenswertes zu erinnern, für Geleistetes zu danken, Bilanz zu ziehen, Bedeutendes hervorzuheben und einen Ausblick zu wagen. Das gilt selbstverständlich auch für die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte (GHB) in Bad Malente-Gremsmühlen. Im Grunde genommen kann die am Kellersee in Ostholstein gelegene Akademie für politische Bildung auf mehrere Geburtstage zurückblicken.

1967 wird die „Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V." als Trägerverein für ein neues Kapitel sozialdemokratisch geprägter politischer Bildungsarbeit in Kiel gegründet. Die ersten Mitglieder kommen aus der SPD, deren schleswig-holsteinischer Landesvorstand der Initiator der Gründung ist.

Die SPD verfügt zwar über die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die als „parteinahe" Stiftung bundesweit in politischer Bildung tätig ist und Ende der 1960er ihre Bildungsstätten deutlich vermehrt und ausbaut. Aber man setzt in Schleswig-Holstein bereits 1967 auf einen eigenständigen Weg. Damit setzt man sich an die Spitze der Bewegung. Die CDU-nahe Hermann-Ehlers-Stiftung e.V. als regionaler Träger politischer Bildung wird ein Jahr später gegründet.

Im besagten Jahr 1967 werden im Bundeshaushalt erstmals die vier Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien institutionell gefördert.[2] Und ein Jahr später finden sich Fördermittel für „parteinahe" Bildungseinrichtungen auch im Schleswig-Holsteinischen Landeshaushalt. Alle demokratischen Parteien gründeten gemeinnützige Vereine oder bauten bestehende Einrichtungen aus mit dem Ziel, über staatliche Gelder in die politische Bildungsarbeit zu investieren und diese auf neue Beine zu stellen.

Motiviert waren diese Schritte zum einen durch den für damalige Verhältnisse rasanten Aufstieg der NPD, der der Partei zum Einzug in viele Landesparlamente verhalf. Zum anderen stand die noch relativ junge Bundesrepublik grundsätzlich auf dem kritischen Prüfstand einer neuen Nachkriegsgeneration. Und gleichzeitig spielte das Spannungsfeld zwischen Kaltem Krieg und Entspannungspolitik sowie der Wettbewerb der Systeme in Europa eine gewichtige Rolle.

Die schleswig-holsteinische SPD ergriff die Chance, ihre Kräfte für eine umfassende politische Bildung auf ihrem ideengeschichtlichen Hintergrund zu mobilisieren. Die ersten geförderten Seminare wurden an Wochenenden abgehalten, in Hotels oder anderen Unterkünften mit Tagungsmöglichkeiten, so zum Beispiel in der „Grenzakademie Sankelmark". Das wurde allerdings nicht als befriedigender Rahmen für eine politische Bildungsarbeit angesehen, die auf ein festes und auf Dauer angelegtes Seminarprogramm abzielte.

1 Dieser Beitrag ist meine für die Drucklegung überarbeitete Rede anlässlich der 50-Jahrfeier der GHB.
2 Bis dato gab es direkte Zuschüsse an die Parteien, was das Bundesverfassungsgericht 1966 untersagte (BVerfGE 20, 56 - Parteienfinanzierung I)

Vorangehende Seiten:
Willy Brandt zu Besuch 1973. Am Tisch mit Erbseneintopf von links: Heinz Kade, Willy Brandt, Eckart Kuhlwein MdL, Jochen Steffen

So kam es 1968 quasi zum nächsten Geburtstag der eigenständigen politischen Bildungsarbeit. Der neue Verein – gerade mal ein Jahr alt – erwarb das „Haus Seehof", außerhalb von Malente am Kellersee gelegen, um dort eine „Akademie für politische Erwachsenenbildung", wie es damals hieß, einzurichten.

Der Landesverband der SPD hatte Rücklagen in seinem Haushalt aufgelöst und dem Verein einen zinslosen Kredit von 500 000 DM gegeben[3], der in den Folgejahren zurückgezahlt werden sollte.

Maßgeblichen Anteil an dem Finanzierungsbeschluss hatte der damalige Schatzmeister der SPD, Landtagsabgeordnete und Eckernförder Bürgermeister Kurt Schulz. Man kann sagen, dass ohne seine Risikobereitschaft und seine Überzeugungskraft es diese Bildungsstätte in Malente nicht gegeben hätte. Günther Jansen, seinerzeit stellvertretender Landesvorsitzender der SPD und in den Folgejahren über Jahrzehnte Vorstandsmitglied und quasi akribischer und engagierter „Finanzminister" der Bildungsstätte, legt bis heute Wert darauf, die besondere Leistung Kurt Schulz' zu betonen.

1969 flossen die ersten 34 000 DM und 1970 45 000 DM des Darlehens zurück.[4]

Das Darlehen konnte vollständig zurückgezahlt werden, auch wenn finanzielle Probleme des Trägervereins in den ersten Jahren dieses etwas hinauszögerten.

Sehr früh wurde die Lektion gelernt, akribisch darauf zu achten, solide, fachgerecht und zielgerichtet die Aufgaben des Hauses als Bildungsstätte zu steuern. Von Beginn an waren die Verantwortlichen in Malente darauf bedacht, das Kerngeschäft der politischen Bildung zu entwickeln und abzusichern. Das geschafft und verankert zu haben ist allen Akteuren der GHB in den letzten Jahrzehnten zuzurechnen, vor allen aber Sabine und Günther Jansen, die an vorderster Stelle Verantwortung getragen haben, die Bildungsstätte organisatorisch und finanziell auf Kurs zu halten.

Der dritte Geburtstag der GHB und der Anlass für die Feierlichkeiten 2019 liegt im Jahr 1969. Vor einem halben Jahrhundert wurde der Seminarbetrieb in dem „Haus Seehof" in Malente aufgenommen. 1970 konnten im Haus bereits 52 Seminare mit über 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt werden. 1971 waren es bereits 70 Seminare mit insgesamt über 1700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern – mit jeweils etwa doppelt so vielen männlichen wie weiblichen Besuchern. Anfang 1972 wurde der Ausbau der Bildungsstätte angekündigt; man wollte die Möglichkeit schaffen, zwei Tagungen parallel durchzuführen.[5]

Es wurde der Mittelbau errichtet, der gleich zwei Besuchshöhepunkte mit sich brachte: Zum Richtfest 1972 erschien Carlo Schmid, einer der Väter des Grundgesetzes, zur Einweihung 1973 kam der spätere Namensgeber der Bildungsstätte Bundespräsident Gustav Heinemann. Auch Willy Brandt besuchte zweimal während der Zeit seiner Kanzlerschaft dieses Haus in Malente. Es ist sicher nicht übertrieben, eine hohe Aufmerksamkeit für die Arbeit in Malente

3 Eine erhebliche Summe angesichts eines Jahresetats von knapp über 1 Mio. DM des SPD-Landesverbandes in den Jahren 1968/69. Siehe: SPD in Schleswig-Holstein. Politik und Organisation. Ein Bericht zum Landesparteitag 19. u 20. Juni 1971, Kiel 1971, S. 84f.

4 Ebenda.

5 „Bildungsstätte ‚Haus Seehof' soll jetzt ausgebaut werden", Kieler Nachrichten, 31.1.1972

und die Zumessung einer großen Bedeutung für die politische Bildungsarbeit im Umfeld der SPD daraus abzulesen.

Das erste Werbeblatt der „Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein verkündete, dass „in der kritischen Bildungsstätte Haus Seehof, Malente, Seminare der politischen Erwachsenenbildung für alle“ stattfinden. Dem Begriff des „kritischen“ kam im frühen Selbstverständnis der Einrichtung ein hoher Stellenwert zu. Denn weiter heißt es in dem ersten Papier: „Kritisch werden alle politischen Prozesse und Abläufe analysiert. Die politische Analyse von Herrschafts- und Machtverhältnissen führt zur Frage nach deren Legitimation, die Analyse von Interessenlagen zur Ideologiekritik. Die Analyse von gesellschaftlich-politischen Konflikten wird zugleich auch die Form ihrer Lösung und damit Wege der Veränderbarkeit der Gesellschaft gerade mit Hilfe solcher Konfliktsituationen sichtbar gemacht.“[6]

Das klingt nicht gerade unakademisch und lässt vermuten, dass es aus der Feder des seinerzeit gerade frisch als Studienleiter eingestellten Universitätsabsolventen und Politikwissenschaftlers Friedrich Büßen stammt. Nun waren aber weder die größten Zielgruppen der Anfangsjahre – Bildungsurlauber, Gewerkschafter, sozialdemokratische Kommunalpolitiker/innen und andere politisch Aktive - vorwiegend Akademiker noch war es das Personal des Hauses Seehof in der ersten Phase. Mit Heinz Kade und Rosa Wallbaum arbeiteten dort zuerst und vorerst auch noch weiterhin zwei SPD-Urgesteine aus der Parteizentrale im Kleinen Kuhberg in Kiel. Beide waren „Volksschüler“[7] – was uns grundsätzlich zeigt, dass wir aus schriftlich überlieferten Selbstdarstellungen vermutlich mehr über Absichten und Konzepte erfahren als über das, was in der Praxis tatsächlich umgesetzt wurde. In einem Bericht für den Landesparteitag der SPD im Februar 1973 schreibt Heinz Kade noch in seiner Doppelfunktion als „Bildungspolitischer Referent im SPD-Landesverband“ und als „Leiter der Bildungsstätte Haus Seehof Malente“: „Die heutige politische Darstellung unseres Staates und unserer Gesellschaft und die Machtverhältnisse in ihnen sind nur ganz zu verstehen, wenn wir die politischen Gruppierungen und ihre Beziehungen zum Staat kennen.“ Die Aufgabe der politischen Bildung sei es, die „staatsbedrängenden Probleme“ zu erkennen, die diesen in Frage stellen könnten. Und dabei zählt er auf: den Umweltschutz (sic !), die Bildungsreform, die Mitbestimmung, Massenmedien, Wehrgerechtigkeit, Neuverteilung des Produktivvermögens und den Föderalismus.[8] Das waren Themen, die die Nahtstelle zwischen den 1960er Jahren und neuen Herausforderungen im Ansatz gut beschrieben. Die Schwerpunkte der ersten Programme der GHB waren jedenfalls klar: Wirtschaftspolitik, Herrschaft und Macht in Staat und Gesellschaft, Deutschland- und Ostpolitik, internationale Konfliktherde, Friedensforschung, Grundfragen des Sozialismus. Diese Richtschnur der Arbeit wurde, wenn auch in gewandelter Formulierung, in den kommenden Jahren und Jahrzehnten beibehalten – mit vielen Erweiterungen und neuen Fragestellungen.

6 SPD in Schleswig-Holstein. Politik und Organisation 1971 (s. Anm. 3) S.119

7 Rosa Wallbaum schreibt in ihren Erinnerungen: „Heinz Kade war Geschäftsführer und gleichzeitig Studienleiter. Wir waren aber beide nur Volksschüler, keine akademisch Gebildeten. Also konnte er sich nicht Studienleiter nennen. Ich war immer Seminarleiterin“. Siehe: Susanne Kalweit (Hg.) „Ich hab’ mich niemals arm gefühlt!“ Die Kielerin Rosa Wallbaum erzählt aus ihrem Leben. Kiel 2011, S. 156

8 SPD-Landesverband Schleswig-Holstein. Politik und Organisation. Kiel 1973, S. 145

Die schnell wachsende Nachfrage nach Seminaren und die steigenden Teilnehmerzahlen zeigten, dass man richtiglag. Politische Bildung vor allem in der Form politischer Schulung war für die SPD nun kein Neuland. Im Parteibudget und im Parteiapparat hatte es immer Mitarbeiter und vielfältige Aktivitäten gegeben, politische Bildung zu transportieren: Allerdings zum einen fast ausschließlich nach innen in die eigene Organisation hinein, zum anderen konzentriert auf die Vermittlung von Parteigeschichte sprich Traditionswahrung sowie schließlich als Handreichung zur konkreten Arbeit vor allem in Ortsvereinen und kommunalen Parlamenten beziehungsweise Gemeindevertretungen.

Rosa Wallbaum, die bis dahin die Frauenarbeit im Landesverband geleitet hatte, berichtet in ihren Erinnerungen über ihre Hauptaufgabe in Malente, die Bildungsarbeit für Frauen: „Ich habe … mich mit den Frauengruppenleiterinnen in Verbindung gesetzt und gesagt: 'Hier findet dieses und jenes Seminar statt. Kannst du Frauen benennen oder kannst du selbst teilnehmen?' Ich habe auch die Parteibüros immer wieder angerufen und gesagt: 'Könnt ihr mal die Frauen mobilisieren?' … Damals hatten ja noch längst nicht alle Frauen oder Familien Telefon, aber wir kriegten wirklich Frauenseminare voll. … Wir wollten, dass auch die Frauen auf dem flachen Land sich an der Kommunalpolitik beteiligen."[9]

An dieser Stelle ist es angebracht, etwas zur sogenannten Parteinähe der GHB zu sagen beziehungsweise zum Terminus der „parteinahen" Stiftungen beziehungsweise Bildungsstätten. Für eine sich links nicht nur im Parteienspektrum insgesamt, sondern auch im innerparteilichen SPD-Spektrum verortende schleswig-holsteinische Sozialdemokratie musste es eine besondere Herausforderung sein, sich einerseits über die Bildungsarbeit politische Multiplikation zu versprechen und andererseits ein deutlich und prononciert gesellschaftsveränderndes politisches Konzept mit einer offenen, sich selbst reflektierenden und diskursiven Bildungsarbeit zu verknüpfen. Auch wenn die GHB aus der SPD heraus gegründet wurde, begann sie zunehmend eher nur parteinah zu werden. Und die Nähe entwickelte sich immer mehr zu einer Verwandtschaft mit sozialdemokratischen Grundwerten, Ideen und Konzepten und wenig bis kaum noch zu einem Bestandteil der konkreten Organisation SPD. Zu Beginn tagte der SPD-Landesvorstand noch häufig in Malente, aber reine Parteiseminare waren jetzt Gasttagungen, die in Rechnung gestellt wurden und damit deutlich von Eigenseminaren der GHB zu unterscheiden waren.

Schaut man allein auf die verantwortlichen handelnden Personen der GHB, so blieb es erst einmal sehr familiär im Parteisinne. Dem Vorstand des Trägervereins, der Gesellschaft für Politik und Bildung e.V., gehörten bis 1991 ausschließlich SPD-Mitglieder an. Mitte der 1970er Jahre zählten dazu mit dem SPD-Vorsitzenden Günter Jansen, dem Fraktionsvorsitzenden im Landtag Klaus Matthiesen und dem ehemaligen Parteivorsitzenden Walter Damm, der 1976 von dem ehemaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Willi Geusen-

9 Susanne Kallweit (Hg.) a.a.O S.157f.

dam abgelöst wurde, einige prominente Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein.

Mit Gerd Walter war von 1975 bis 1979 ein aktueller stellvertretender Landesvorsitzender einer der beiden Studienleiter. Der ihm als Studienleiter folgende Willi Piecyk war während seiner Tätigkeit in Malente unter anderem Bundesvorsitzender der Jungsozialisten und stellvertretender Landesvorsitzender der SPD. Zudem hatten zuerst für kurze Zeit mit Prof. Reimut Jochimsen von der Universität Kiel und dann für viele Jahre mit Prof. Werner Braun von der Pädagogischen Hochschule in Kiel sozialdemokratische Wissenschaftler und Bildungsexperten den Vorsitz des Trägervereins inne.

Gleichwohl war es nicht nur eine Floskel, wenn im Seminar-Programm 1976 formuliert wird: „Wir meinen, dass unsere Seminare für Mitglieder aller Parteien und für Parteilose interessant und notwendig sind. Besonders über Fragen der Wirtschaftspolitik und -ordnung, über die Grundwerte der verschiedenen politischen Parteien sowie über die Rechtsstaatlichkeit, innere Sicherheit und Demokratie in der Bundesrepublik."[10]

Der politische, um nicht zu sagen ideologische Korridor war im Selbstverständnis der Bildungsstätte breit angelegt. „Wir gehen von einem Demokratieverständnis aus", schreiben die Malenter Verantwortlichen ebenso im gleichen Jahr, „das uns abgrenzt gegenüber dem fortschrittsfeindlichen Konservatismus wie gegenüber dem Marxismus-Leninismus." Die politische Bildungsarbeit solle zur „Demokratisierung und zur Emanzipation der Menschen beitragen". Mit dem Begriff der Emanzipation nahm das Haus Seehof unmittelbaren Bezug zu einer der Hauptkontroversen der staatlichen beziehungsweise staatlich geförderten politischen Bildung seiner Zeit. Denn Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre zeichneten Studierendenrevolte, die Ablösung der großen Koalition durch eine sozialliberale, ein deutlicher Linksruck der SPD-Jugend insgesamt und der Landes-SPD im besonderen den Hintergrund, auf dem sich politische Bildung, in diesem Fall sozialdemokratische politische Bildung, positionieren und ihr Selbstverständnis finden musste.

Politische Bildung emanzipatorisch zu akzentuieren hieß im Verständnis der Zeit, politische Bildung solle „zum Abbau von Herrschaftsverhältnissen sowie zur Demokratisierung möglichst vieler Lebensbereiche beitragen". Also kritisch und emanzipatorisch – soweit die frühen Kernattribute.

Dass das Konservativen nicht gefiel, ist klar. Dass Teile der Linken, vor allem der akademischen Linken, darunter sehr Unterschiedliches verstanden, verwundert nicht. Die theoriefesten Malenter Studienleiter hatten sich deswegen im 1975er Programm auch abgegrenzt gegenüber dem, was sie als „Neomarxismus" bezeichneten: also jenem Amalgam aus historisch revolutionär gedachtem Marxismus und allerlei Erweiterungen durch die Kritische Theorie der Frankfurter Schule.

Heute mag es obskur oder zumindest anachronistisch klingen. Aber der demokratisch-sozialistische Imperativ, Staat, Gesellschaft

10 Die jährlich erscheinenden Seminarprogramme der GHB sind für die Jahre von 1974 bis heute in Malente archiviert. Aus ihnen wird im Folgenden zitiert.

und Wirtschaft strukturell und dem Inhalt nach ändern zu wollen, die Anknüpfung an den politisch-moralischen Willen, die Lebensverhältnisse, die Mitwirkungsrechte, die Bildungschancen für alle Menschen gerechter, demokratischer zu machen, war ein umfassend gedachtes Programm. Ein Programm, das einfließen sollte in ein entsprechendes Konzept für politische Bildung. Das bedeutete, sich einem pädagogischen Prinzip verpflichtet zu fühlen, Lernende in die Lage zu versetzen, ihre Lage, ihre Haltung, ihre Interessen selbstkritisch zu analysieren und sie mit Fertigkeiten auszustatten, aktiv in politisches Handeln einzugreifen.

'Undogmatisch' ist also ein Attribut, das hier ergänzt werden muss. All dieses ist in 50 Jahren Arbeit in der GHB zu besichtigen – auch wenn Begrifflichkeiten sich gewandelt haben, neue Themen und Herausforderungen hinzugekommen sind, andere Themen sich erledigt oder an Relevanz einbüßt haben. In diesem Sinn und auf dieser Grundlage war und ist der Bezug zu einer Politik des demokratischen Sozialismus nicht verloren gegangen. Zu keiner Zeit aber war die Bildungsarbeit ein Abziehbild politischer Handlungsanweisungen der Sozialdemokratischen Partei. Schon allein die Vielzahl der Gastdozenten und Gastdozentinnen, die in den letzten 50 Jahren in Malente Seminare durchführten oder in Seminaren referierten, stellen für sich eine vielfältige eigene Gelehrtenrepublik dar. Und schließlich gab und gibt es eine personelle Konstante, die geradezu die Verkörperung der Malenter politischen Bildung war und ist. Als der junge Politikwissenschaftler Friedrich Büßen in das Haus Seehof als Mitarbeiter eintrat, gewann die Bildungsstätte einen Studienleiter, der seine Fachkompetenz vollständig in die Entwicklung des Hauses einbrachte und ohne den die inhaltliche, politisch-pädagogische Entwicklung der GHB gar nicht denkbar und vorstellbar ist. Sehen wir mal von ein paar Juso-Funktionen im Hauptausschuss der Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene in der Frühzeit ab, hat Friedrich Büßen sich nicht in die Tages-Politik abwerben lassen.

Seit 1969 haben in Malente fast 3000 Seminare mit Zehntausenden von Besucherinnen und Besuchern stattgefunden – darunter viele treue Gäste, die immer wieder kommen. Es ist nicht möglich in diesem Rahmen einen annähernd vollständigen Überblick über die Themenvielfalt der Seminare aufzublättern. Aber die Entwicklung der Grundauffassung von politischer Bildung, die Schwerpunktsetzungen und die Erschließung neuer Themen auf dem Hintergrund der politischen Entwicklung sind eines kurzen Blickes wert.

Die großen Überschriften der einzelnen Seminarbereiche haben seit Beginn im Jahre 1969 ihren Platz in den aktuellen Programmen behalten – mit einer Ausnahme. In den frühen Programmen waren das die Grundwerte der Parteien, Wirtschaft und politische Ökonomie, Geschichte der Arbeiterbewegung, Demokratieprobleme der BRD, Internationales und Dritte Welt, Rhetorik, Kunst und Gesellschaft. Und dann waren da natürlich die Seminare zum Vergleich von BRD und DDR in allen denkbaren Politik- und Gesellschaftsbereichen. Als Kern der Förderung durch den Bund waren diese Semi-

Seminarbetrieb Ende der 1970er Jahre

nare die Folie für allerlei Themen, die man unterbringen wollte und so finanziert bekam.[11]

Die Existenz der DDR hat aber nicht nur der Förderung von Seminaren, sondern auch dem Ausbau der Bildungsstätte entscheidend helfen können. Schließlich gehörte Malente zu den Gebieten, in denen die sogenannte Zonenrandförderung griff. Das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ legte die Gebiete mit der höchsten Förderstufe fest. Insgesamt war es möglich, innerhalb der Zonenrandförderung auf einmalige Förderungen von rund 55 Prozent der gesamten Investition zu kommen und des Weiteren Dauersubventionen in Höhe von bis zu 25 Prozent zu erhalten. Davon hat die GHB profitieren können – solange es die DDR gab.

Die Grundlagen des Selbstverständnisses der Malenter politischen Bildung wurden immer wieder einmal in neue Formeln gegossen, die sich auf aktuelle Herausforderungen bezogen und diese in das Grundverständnis der Arbeit einzupassen versuchten. 1980 hieß es in der Einleitung des Programms: „Die Probleme der kapitalistischen Gesellschaft für Mensch und Natur werden immer dringender“. Daher gelte es, über das Verhältnis von Mensch und Natur nachzudenken statt Staatsverdrossenheit und Antihaltung zu pfle-

11 In Sachen „Systemvergleich in einem geteilten Land“ erarbeitete sich die GHB ein Alleinstellungsmerkmal unter den Bildungsstätten durch jährliche Tagungen von deutschen Koreanisten und koreanischen Politikwissenschaftlern sowie Historikern zum Vergleich von Teilung und Wiedervereinigung. Im Zusammenhang damit stand die Gründung eines "Deutschen Instituts für Korea-Forschung".

gen, über Veränderungen zu reden. Das sei ein Beitrag der politischen Bildung zu „konkreten Utopien“.

Dass die Bildungsstätte „… dem Gedankengut des demokratischen Sozialismus, der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verbunden“ sei, taucht in der schriftlich fixierten Selbstverortung immer wieder auf in allen Jahren, sozusagen die Rückbesinnung auf die Herkunft der Arbeit, auf die Bezug genommen wird, wenn aufregend Neues gerade weniger zu verarbeiten ist.

Politische Aufregungen und Herausforderungen motivierten die GHB dann Mitte der 1990er ganz neue Töne anzuschlagen. „Wir verstehen politische Bildungsarbeit als Ermutigung und auch als ‘Anleitung zum politischen Ungehorsam’ für notwendige Einmischungen… Unsere Bildungsstätte versteht sich als offenes Forum zu ‘Out of area’ und Friedenspolitik, zu ‘Innerer Sicherheit’ und Bürgerrechten, zu Ökologie und Asyl. Dies ist nicht die Zeit für Politikverdrossenheit. Überlassen wir diesen Staat nicht den Verfassungsdemontierern. Die Begriffe ‘Lebensmodell’ und ‘Utopie’ gehören wieder in die Politik und politische Bildung. Soziale Gerechtigkeit, Frieden, Umwelt, Kultur und das Menschenrecht auf Asyl sind nicht nur Prüfsteine für uns und die Politiker – es sind die Eckwerte unserer Zukunft.“ (1994)

Dieses Update im Selbstverständnis ist schon zorniger und schärfer an den innenpolitischen Debatten in der Bundesrepublik ausgerichtet. Nur aus der expliziten Kapitalismuskritik und dem demokratischem Sozialismus früherer Formulierungen ist gerade mal „soziale Gerechtigkeit“ geworden.

Noch einmal zehn Jahre später wird pointiert darauf aufmerksam gemacht, dass „klassische politische Bildungsarbeit“ keinesfalls überholt sei. Gerade sie leiste einen großen Beitrag im Kampf gegen den politischen Extremismus und Fundamentalismus. Wörtlich heißt es: „Wir versuchen, mit allen unseren Seminaren und Veranstaltungen bisher politikferne und politisch wankelmütige Bürgerinnen und Bürger vor Parteien- und Demokratieverdrossenheit zu bewahren und sie gegen extremes politisches Gedankengut zu immunisieren.“ (2004)

Die Grundpfeiler der demokratischen politischen Bildung aufrecht zu erhalten und weiterzuentwickeln einerseits und neue, auch grundsätzliche Fragen, Formen und Inhalte aufzunehmen andererseits war und ist eine Herausforderung, der sich die GHB zu stellen hatte und stellte – mit seit 1992 nur noch einem hauptamtlichen Studienleiter, was nicht vergessen werden darf.

So nahm man sich, wie die Programme der späten 1970er und frühen 1980er Jahre zeigen, explizit der „Fragen der Bürgerinitiativen“ an. Das war inhaltlich nicht alles unbedingtes Neuland. Fragen der Umwelt, der Anti-AKW-Bewegung und vor allem Fragen der Friedenssicherung, Abrüstung etc. waren schon längere Zeit Teil des Seminarprogramms. Neu war schon eher der Umgang mit neuen Politikformen, mit neuen Gruppen von Aktivisten. Die Bildungsstätte setzte dabei nicht unbedingt klein an. Für 1979 war eine „Akademie

im Seehof“ ins Programm gekommen, die mit bekannten Referenten zu aktuellen Themen warb: Freimut Duve über Bürgerinitiativen und Alternativen zu den etablierten Parteien; Alice Schwarzer über alternative Frauenbewegung; Jochen Steffen und Johano Strasser über die Industriegesellschaft in der Sackgasse und Egon Bahr über Abrüstung. Und weitere, auch internationale Gäste waren vorgesehen. Ob dann alles tatsächlich stattfinden konnte, lässt sich nicht mit Gewissheit sagen, da dazu keine Unterlagen mehr vorhanden sind. Diese „Akademie“ fand in dieser Form in jedem Fall keine Fortsetzung, aber die Themen blieben präsent im Seminarangebot.

Nun begann die Zeit, in der Kürzungen in öffentlichen Haushalten und gleichzeitige Kostensteigerungen dafür sorgten, dass gravierende Änderungen im Seminarbetrieb erforderlich wurden. Erstmals musste 1981 ein Kostenbeitrag von Teilnehmerinnen und Teilnehmern erhoben werden, die öffentlich geförderte Seminare besuchten. Bis dahin waren bei diesen Seminaren in der Regel Unterkunft und Verpflegung frei. Selbst Fahrtkosten konnten teilweise erstattet werden. Und für Gewerkschaftsmitglieder gab sogar es noch ein tägliches Büchergeld von 5 DM. Was waren das für Zeiten für die politische Bildung! Fortan kostete ein Wochenseminar 25 DM, ein Wochenendseminar 15 DM, was der Nachfrage nach politischer Bildung aber keinen großen Abbruch tat.

Die inhaltliche Entwicklung der Programmgestaltung spiegelt ohne Frage die Themen und Methoden wider, die gesellschaftspolitisch im linken politischen Spektrum der Bundesrepublik Relevanz erlangten beziehungsweise dort in verstärktem Maße diskutiert wurden. Inwieweit Seminare, die darauf aufbauten, auch von den „Kundinnen und Kunden“ der GHB nachgefragt wurden, lässt sich für die Vergangenheit nicht mehr präzise und vollständig ermitteln. Erkennen lässt sich aber unzweideutig, dass die GHB bei aller Beachtung finanzieller Notwendigkeiten beim „Verkauf“ von Seminaren bewusst und gezielt inhaltliche Profile gestaltet hat, die im Laufe der Jahre dann auch zu Themenschwerpunkten in Jahresprogrammen gerannen.

In den 1980er Jahren bot die GHB erstmals Seminare zur politischen Psychologie an. Vermehrt wurden Themen der Geschichte der Frauenbewegung aufgegriffen und verknüpft mit Veranstaltungen zur aktuellen sozialen Situation von Frauen. Dabei gab es dann auch erste Seminare, die nur für weibliche Teilnehmerinnen ausgeschrieben waren. In der Mitte des Jahrzehnts waren es Seminare zu den Thesen des Club of Rome, die programmprägend waren. 1983 lauteten die Programmrubriken „Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, atomares Wettrüsten, Elend der Dritten Welt“. Die Fragen von Arbeit und Umwelt, Ökologie oder Ökonomie verdrängten die klassischen Themen quantitativ, ohne dass auf die Befassung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Ideengeschichte des Sozialismus oder den innerdeutschen Fragen verzichtet wurde. Dass im Jahr 1988 eine sozialdemokratienahe Bildungsstätte in Schleswig-Holstein sich der „politischen Kultur“ nach einem seinerzeit so bezeich-

Vorangehende Seiten:
Sommer 1973. Diskussion im Garten des Hauses Seehof

neten „Super-GAU“ der Politik annahm, kann nach den Wellen, die die sogenannte Barschel-Pfeiffer-Affäre schlug, nicht verwundern. Der unmittelbaren Aktualität geschuldet war dann zwei Jahre später das Ende der DDR gewissermaßen Programmgestalter in Malente. Damit endete andererseits auch der feste Block der Seminare, die sich dem „Systemvergleich“ beider deutscher Staaten widmeten.

Die Umbrüche in Europa prägten das Profil neuer Schwerpunktthemen der GHB in den 1990er Jahren: ethnische Konflikte und ein Erstarken des Nationalismus in Europa, die Folgen des Zerfalls der UdSSR, die wachsende Migration innerhalb Europas und darüber hinaus, aber auch auf die deutsche Politik bezogen der anwachsende Rechtsradikalismus im Zusammenhang mit ansteigender Ausländerfeindlichkeit. Diese Themen gehören bis heute zum festen Curriculum der GHB. Die bereits vor 40 Jahren begonnene Befassung mit Umweltfragen entwickelte sich stetig weiter. Beispielhaft genannt seien die seit Ende der 90er Jahre durchgeführten Studienreisen nach Brasilien mit einem Seminar in einer Regenwaldakademie. Erstmals 2003 taucht als Motto und Schwerpunkt die Formel „Global denken – lokal handeln“ auf.

Die hohe Auslastung der Seminare hat nicht nur geholfen, den Seminarbetrieb in Malente zu sichern. Sie ist auch ein Ausweis dafür, dass es den Verantwortlichen in Malente, allen voran den Studienleitern und dazu den vielen Dozentinnen und Dozenten, gelungen ist, ein Angebot der politischen Bildung zu entwickeln und anzubieten, das auf Interesse und Nachfrage von Menschen stieß, denen viel an der Gestaltung unserer Demokratie, am Diskurs über eine sozial gerechte, humane und friedliche Zukunft lag und liegt. Dass Lernen, Wissen, Kreativität, Sich-Bilden im Wortsinn Voraussetzungen für politisches Gelingen sind, war, ist und bleibt die Basis und die Herausforderung für die Arbeit der GHB. Die Vielfalt dabei und die Bereitschaft, das Angebot stets zu erweitern, zeigen allein die Schwerpunktthemen der letzten erschienenen Jahresprogramme: 2017 Religion und Politik, 2018 Digitalisierung der Gesellschaft, 2019 Afrika, 2020 Nachhaltigkeit und globale Ökonomie.

1983 wurde der Bildungsstätte am Kellersee die Ehre zuteil, sich nach dem früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann nennen zu dürfen. Damit wurde das regionale „Haus Seehof“ zu einer überregional erkennbaren und bekannten „Marke“, die politisch unmissverständlich war in ihrem Hinweis auf das Profil einer demokratischen Kultur von Bildung, Erinnerung, Toleranz, Engagement und Rechtsstaatlichkeit. Mit Gustav Heinemann als Namensgeber war damit zugleich die „Nähe“ zur Sozialdemokratie wie auch die Offenheit für alle anderen demokratischen Grundhaltungen im Selbstverständnis der GHB verankert. Das war damit zugleich, wenn man so will, die vierte Geburtsstunde der Bildungsstätte.

Nur wenig später ergriff der Vorstand des Trägervereins der GHB die Initiative zu einem Geschichtsprojekt, das zu einem wichtigen Bestandteilteil der Arbeit in Malente werden sollte – der Gründung des „Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demo-

kratie in Schleswig-Holstein", kurz „Beirat für Geschichte". In diesen Beirat berufen wurden Fach- und Laienhistorikerinnen und -historiker, die sich vor allem der damals noch weithin unerforschten Geschichte der lokalen und regionalen Arbeiterbewegung, der demokratischen Traditionen sowie der Verfolgung im Nationalsozialismus widmen wollten. Dabei sollte Alltags- und Sozialgeschichte stärker in den Vordergrund gerückt werden. Letztlich ging es auch darum, ein Gegengewicht zur konservativen Geschichtsgesellschaft zu schaffen und sich in die geschichtspolitischen Debatten im Lande einzumischen. Im Mittelpunkt der Arbeit neben historischen Seminaren in der GHB, Vorträgen und Veranstaltungen überall in Schleswig-Holstein stand die Publikation von Sonderveröffentlichungen sowie des Jahrbuchs „Demokratische Geschichte" – attraktiv aufgemachte Bücher zur Regionalgeschichte, die auch offen für nichtakademische Autorinnen und Autoren sein sollten. Erster Sprecher des Beirats und wesentlich mitverantwortlich für das Gelingen war der seinerzeitige Landtagsvizepräsident Kurt Hamer, der den diskutablen Begriff einer „anderen Heimatgeschichte" für die Arbeit des Beirats prägte. Mit dem hier vorliegenden Band ist das 30. Jahrbuch erschienen, 24 Sonderveröffentlichungen sind der interessierten Öffentlichkeit seit 1985 vorgelegt worden. Die Arbeit des Beirats konnte und kann nur gelingen durch seine Einbettung in die GHB.

Zum 40. Jubiläum der ersten Seminare im „Haus Seehof" 2009 wurden die Seminarräume und die Bibliothek in dankbarer Erinnerung an geleistete Arbeit und Unterstützung nach Rosa Wallbaum, Jochen Steffen und Willi Piecyk benannt. Ihre Namen stehen für sehr viele Menschen, die zum Gelingen dieser Bildungsstätte beigetragen haben. Zu ihnen zählen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Hauswirtschaft und Küche selbstverständlich eingeschlossen, Dozentinnen und Dozenten, Vorstände und Förderer, wohlwollende Politiker und Partner in der Region, Kollegen aus befreundeten Einrichtungen und vor allen natürlich diejenigen, die durch ihre Teilnahme die Seminare zum Leben erweckt haben.

„Für ein 21. Jahrhundert, das ausgerichtet sein muss an der Würde des Menschen und einer Einbindung in Natur und Geschichte, an Frieden und Freiheit, brauchen wir eine politische Bildung, die offensiv wirbt für unsere Demokratie, für den Grundkonsens der Demokraten und für ein geeintes Europa. Wir brauchen eine politische Bildung, die auch darüber nachdenkt, wie sie die Jugend in und außerhalb der Schule noch stärker ansprechen kann und wie sie über den Kreis der Multiplikatoren und der politischen Interessierten hinausgehen kann."

Dieses Zitat klingt aktuell – und es ist aktuell. Es stammt aus einer Festrede zum 30. Jubiläum der Landeszentrale für Politische Bildung, ist also selbst mittlerweile mehr als 30 Jahre alt. Und es kommt – aus der Feder des damaligen Ministerpräsidenten Dr. Uwe Barschel. Politische Bildung muss und kann immer auch einen demokratischen Konsens beschreiben, ohne sein ideengeschichtliches und politisches Gesicht einzubüßen. Inwieweit Wollen und Wirk-

lichkeit in Übereinstimmung stehen, ist nicht nur an Politik und Politkern zu überprüfen. Es ist auch der Anspruch an kritischer Selbstreflektion der politischen Bildungsarbeit. Die GHB – soviel darf gesagt sein – ist ein Beispiel dafür, wie das gelingen kann.